



Analyse des Budgetdienstes

(gekürzt zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen)

Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum 30. September 2015 (88/BA)

Zusammenfassung

Der Bericht über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum 30. September 2015 umfasst 104 Unternehmen, an denen der Bund direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist. Gegenüber dem Vorbericht zum 31. März 2015 ergeben sich folgende Veränderungen: Einerseits fiel in der Untergliederung (UG) 40-Wirtschaft die Marchfeldschlösser Revitalisierungs- und Betriebsges.m.b.H., die mit der Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsges.m.b.H. verschmolzen wurde, weg. Andererseits wurde der im März 2015 eingeleitete Verkaufsprozess der FIMBAG-Anteile an der Kommunalkredit Austria AG an ein englisch-irisches Konsortium im Sommer 2015 abgeschlossen, sodass die Berichtspflichten dieser Bank in Zukunft entfallen. Zur sachgerechteren Zuordnung werden die Bundesaltlastensanierungsges.m.b.H. (Balsa), das Umweltbundesamt und die Verpackungskoordinierungsstelle gemeinnützige Ges.m.b.H. nunmehr als Unternehmen der UG 43-Umwelt anstatt der UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft ausgewiesen.

- Die Ergebnisse aller Gesamtkennzahlen werden wesentlich durch die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Abwicklung und Verwertung der früheren Hypo-Alpe-Adria Bank International AG (Hypo) und der KA Finanz AG geprägt, die in der UG 46-Finanzmarktstabilität ausgewiesen werden. Zur Berücksichtigung dieses Effekts hat der Budgetdienst daher in seiner Analyse die Unternehmen der UG 46 teilweise herausgerechnet, um insbesondere bei den Bilanz- und Ertragskennzahlen des Beteiligungscontrollings differenziertere Aussagen treffen zu können. Entsprechende Analyseteile sind gekennzeichnet (**ohne UG 46**).



- Die wesentlichen positiven Eigenmittel der vom Bericht erfassten Unternehmen entfallen auf die Bundesimmobiliengesellschaft, die ASFINAG, die ÖBB Holding AG, die ÖBIB (Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH, vormals ÖIAG) und die österreichischen Universitäten. Sie sind in den ersten drei Quartalen 2015 deutlich angestiegen und sollen **ohne UG 46** laut Vorschau 2015 16,5 Mrd. EUR betragen, was einer Steigerung von 1,1 Mrd. EUR bzw. 7,1 % gegenüber dem Vorjahr und einem Anstieg um 189,9 Mio. EUR bzw. 1,2 % gegenüber dem Plan entspricht. Dem stehen negative Eigenmittel in der UG 46-Finanzmarktstabilität gegenüber, die bis Jahresende laut Vorschau 2015 um 13,5 % auf -7,3 Mrd. EUR anwachsen sollen.
- Zum Stichtag 30. September 2015 lag die Zahl der Beschäftigten mit 103.242 Vollbeschäftigungsäquivalenten (VBÄ) um rd. 702 VBÄ (0,7 %) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das Gesamtjahr 2015 wird insgesamt mit einer Steigerung von 1,1 % auf 103.786 VBÄ gerechnet, was einem Zuwachs von 1.097 VBÄ entspricht. Allerdings wird dieser Wert um 706,4 VBÄ bzw. -0,7 % hinter dem geplanten Jahreswert für 2015 zurückbleiben.
- Für das Gesamtjahr werden Umsatzerlöse **ohne UG 46** von 16,7 Mrd. EUR erwartet, das sind 248,4 Mio. EUR (1,5 %) mehr als der Vorjahreswert (16,4 Mrd. EUR) und um 152 Mio. EUR (0,9 %) weniger als der Planwert für 2015. Mehr als die Hälfte der gesamten Umsatzerlöse (2014: rd. 9 Mrd. EUR) werden in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie erwirtschaftet. Rund zwei Drittel davon entfielen im Vorjahr auf die ÖBB Holding AG. Fast ein Viertel der gesamten Umsatzerlöse entfällt auf die UG 31-Wissenschaft und Forschung (2014: 3,8 Mrd. EUR) und damit im Wesentlichen auf die Universitäten. Für das Gesamtjahr wird mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 73,3 Mio. EUR auf rd. 3,9 Mrd. EUR gerechnet.
- Insgesamt betrug der Risikowert der Beteiligungen zum Stichtag 30. September 2015 2,0 Mrd. EUR, das sind um rd. 0,9 Mrd. EUR weniger als der entsprechende Wert des Vorjahres. Für die höchsten Risiken im Zusammenhang mit dem Abbau der HETA waren jedoch keine Werte ausgewiesen. Dem stehen Eigenmittel im Ausmaß von 9,4 Mrd. EUR gegenüber, woraus sich eine Risikodeckung von 465,4 % ergibt. Geteilt nach Risikoarten ergeben sich zum Stichtag folgende Werte: der Risikowert aus Ereignisrisiken der berichtspflichtigen Unternehmen beträgt rd. 1,1 Mrd. EUR, jener aus Finanzinstrumenten rd. 927 Mio. EUR.



- Die Auszahlungen des Bundes an die berichtspflichtigen Unternehmen sind im Berichtszeitraum gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 gesunken. Auch in der Jahresvorschau wird mit einem Rückgang der Auszahlungen gegenüber dem Vorjahr um 355,6 Mio. EUR bzw. (-3,0 %) auf 11,5 Mrd. EUR gerechnet. Die Auszahlungen laut Vorschau 2015 würden damit 15,5 % der gesamten Auszahlungen des Bundes des Jahres 2015 entsprechen. Dabei nicht berücksichtigt ist der Generalvergleich mit dem Freistaat Bayern iHv 1,23 Mrd. EUR, der insbesondere auch für die Bereinigung von Rechtsstreitigkeiten mit der HETA erfolgte, jedoch zu keinen Auszahlungen an ausgegliederte Gesellschaften führt.
- Das Volumen der Einzahlungen des Bundes von den berichtspflichtigen Unternehmen stieg zwar in den ersten drei Quartalen 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres an. Für das Gesamtjahr 2015 wird jedoch mit einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 62,5 Mio. EUR (-3,5 %) auf 1,7 Mrd. EUR gerechnet. Die Einzahlungen laut Vorschau 2015 entsprechen 2,4 % der gesamten Einzahlungen des Bundes des Jahres 2015, ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Einzahlungen stammt aus Refundierungen für Bundespersonal. Neben sinkenden Refundierungen soll 2015 auch die Gewinnausschüttung der ASFINAG geringer ausfallen als im Vorjahr.
- Zum Stichtag 30. September 2015 stiegen die Haftungen des Bundes für die Beteiligungsunternehmen gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 deutlich an, für das Gesamtjahr 2015 wird eine Steigerung gegenüber 2014 von rd. 1 Mrd. EUR (3,1 %) auf 34,5 Mrd. EUR erwartet. Zum Stichtag 30. September 2015 entsprachen die Haftungen für die berichtspflichtigen Unternehmen 37,9 % der Gesamthaftungen des Bundes.
- Qualität und Aussagekraft des Berichts hat sich gegenüber den Vorberichten weiter gesteigert. Aus Sicht des Budgetdienstes sind insbesondere die Ausführungen des Bundesministeriums für Finanzen zu dem in seinen Ressortbereich fallenden Beteiligungscontrolling sehr hilfreich. Eine ähnliche Einschätzung des jeweils zuständigen Fachressorts für seinen Ressortbereich wäre wünschenswert. Diese Einschätzung sollte Angaben zu den aufgrund des Beteiligungs- und Finanzcontrollings getroffenen Maßnahmen und zu den Risiken für den Bundeshaushalt aufweisen.



Ergebnisse des Beteiligungscontrollings

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Gesamtergebnisse des Beteiligungscontrollings, wobei die Werte für die ersten drei Quartale des Jahres 2015 mit den korrespondierenden Quartalsergebnissen des Vorjahres verglichen und die Vorschauwerte für das Gesamtjahr 2015 den Vorjahreswerten und den Planwerten 2015 gegenübergestellt werden:

Beteiligungscontrolling

Kennzahl	1. - 3. Quartal			Gesamtjahr					
	2014	2015	Differenz	2014	2015		Differenz	Vorschau 2015 zu Vorjahr 2014	
	<i>in Mio. EUR</i>	IST		IST	Vorjahr	Plan			Vorschau
Eigenmittel	17.234,1	9.378,1	-45,6%	9.028,3	8.894,7	9.258,9	4,1%	2,6%	
Umsatzerlöse	12.022,9	12.503,0	4,0%	16.405,9	16.744,8	17.164,7	2,5%	4,6%	
Beschäftigte	<i>in VBÄ</i>	102.540	103.242	0,7%	102.689	104.492	103.786	-0,7%	1,1%
Personalaufwand		4.950,9	5.130,8	3,6%	6.781,6	6.946,5	6.913,6	-0,5%	1,9%
Personalaufwand pro MA	<i>in tsd. EUR</i>	48,3	49,7	2,9%	66,0	66,5	66,6	0,2%	0,9%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)		863,1	1.157,0	34,1%	-6.757,2	1.169,7	760,0	-35,0%	111,2%
Cash flow aus dem Ergebnis		1.993,5	3.264,5	63,8%	-4.664,2	4.370,7	4.267,0	-2,4%	191,5%
Risikowert		2.928,4	2.014,9						
Risikodeckung durch Eigenmittel	<i>in %</i>	588,5%	465,4%						

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2015

Nachdem insbesondere die Ertragskennzahlen wesentlich durch die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Abwicklung und Verwertung der früheren Hypo-Alpe-Adria International AG (Hypo) und der Kommunalkredit AG geprägt sind, wurden in der nachfolgenden Übersicht die bei der UG 46-Finanzmarktstabilität ausgewiesenen Unternehmen herausgerechnet und in der Analyse des Budgetdienstes teilweise gesondert behandelt.

Beteiligungscontrolling ohne UG 46-Finanzmarktstabilität

Kennzahl (ohne UG 46)	1. - 3. Quartal			Gesamtjahr					
	2014	2015	Differenz	2014	2015		Differenz	Vorschau 2015 zu Vorjahr 2014	
	<i>in Mio. EUR</i>	IST		IST	Vorjahr	Plan			Vorschau
Eigenmittel	15.238,4	16.449,1	7,9%	15.418,9	16.319,6	16.509,5	1,2%	7,1%	
Umsatzerlöse	12.045,6	12.275,9	1,9%	16.416,6	16.817,0	16.665,0	-0,9%	1,5%	
Beschäftigte	<i>in VBÄ</i>	101.994	102.548	0,5%	101.819	103.798	103.056	-0,7%	1,2%
Personalaufwand		4.907,3	5.079,6	3,5%	6.702,5	6.875,1	6.843,0	-0,5%	2,1%
Personalaufwand pro MA	<i>in tsd. EUR</i>	48,1	49,5	3,0%	65,8	66,2	66,4	0,2%	0,9%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)		1.607,9	1.560,2	-3,0%	1.810,0	1.559,7	1.677,7	7,6%	-7,3%
Cash flow aus dem Ergebnis		2.039,4	2.294,5	12,5%	2.757,3	2.397,4	2.278,4	-5,0%	-17,4%
Risikowert		927,2	1.382,6						
Risikodeckung durch Eigenmittel	<i>in %</i>	1643,5%	1189,8%						

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2015

In den nachfolgenden Darstellungen werden insbesondere jene Unternehmen hervorgehoben, die für Kennzahlenveränderungen hauptverantwortlich sind.



Eigenmittel

In den ersten drei Quartalen 2015 entwickelten sich die Eigenmittel **ohne UG 46** positiv und betragen zum Stichtag 30. September 2015 16,4 Mrd. EUR. In der Vorschau für 2015 wird gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 1,1 Mrd. EUR auf 16,5 Mrd. EUR prognostiziert (7,1 %), die Vorschau liegt damit um 190 Mio. EUR bzw. 1,2 % über dem Planwert für 2015.

Zuwächse in den ersten drei Quartalen 2015 verzeichneten in erster Linie die Unternehmungen der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie und der UG 40-Wirtschaft. In der UG 46-Finanzmarktstabilität sollen die negativen Eigenmittel bis zum Jahresende um 13,5 % auf -7,3 Mrd. EUR anwachsen. Der Anstieg ist gegenüber dem Plan um 174,3 Mio. EUR niedriger. Grund dafür sind zusätzliche Eigenmittel bei der Hypo Alpe-Adria-Bank S.p.A, die auf Rekapitalisierungsmaßnahmen des Bundes über die HBI-Bundesholding in Form eines Gesellschafterzuschusses bzw. den Verzicht der HETA auf Refinanzierungslinien zurückzuführen sind.

Umsatzerlöse

Im Berichtszeitraum lagen die Umsatzerlöse **ohne UG 46** um rd. 230,3 Mio. EUR (1,9 %) über jenen des Vergleichszeitraums des Vorjahres und betragen 12,3 Mrd. EUR. Für das Gesamtjahr werden Umsatzerlöse von 16,7 Mrd. EUR erwartet, das sind 248,4 Mio. EUR (1,5 %) mehr als der Vorjahreswert (16,4 Mrd. EUR) und um 152 Mio. EUR (0,9 %) weniger als der Planwert für 2015.

Mehr als die Hälfte der gesamten Umsatzerlöse (2014: rd. 9,0 Mrd. bzw. 55 %) werden in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie erwirtschaftet. Fast ein Viertel der gesamten Umsatzerlöse entfällt auf die UG 31-Wissenschaft und Forschung (2014: 3,8 Mrd. EUR) und damit im Wesentlichen auf die Universitäten. In den ersten drei Quartalen stiegen die Umsatzerlöse gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, auch für das Gesamtjahr wird mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Ein Teil des Anstiegs ist auf Zusatzmittel für die Medizinischen Universitäten für Mehrkosten aus dem Krankenanstalten Arbeitszeitgesetz zurückzuführen, einige Universitäten planen höhere Drittmittelerlöse. Bei der Umsatzentwicklung der Universitäten kommt der Finanzierung der Globalbudgets durch den Bund eine wichtige Rolle zu. So sollen 2015 die Auszahlungen des Bundes an ausgegliederte Einheiten der UG 31 insgesamt 3,2 Mrd. EUR betragen und damit im Vorjahresvergleich um 1,2 % bzw. 36,4 Mio. EUR ansteigen. Die Einzahlungen von ausgegliederten Einheiten der UG 31 für Bundesbedienstete sollen von 545,8 Mio. EUR auf 526,7 Mio. EUR sinken. Der Drittmittelfinanzierung der Universitäten kommt eine wachsende



Bedeutung zu. Die Finanzierung der Universitäten könnte insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Leistungsvereinbarungen 2016 – 2018 ein Spezialthema eines zukünftigen Berichts über das Beteiligung- und Finanzcontrolling sein.

Die UG 46-Finanzmarktstabilität spielt betreffend Umsatzerlöse nur eine untergeordnete Rolle, die laut Vorschau 2015 positiven Umsatzerlöse ergeben sich insbesondere bei der Hype Alpe-Adria-Bank S.p.A (Hypo Italien) aus den Verzichten der HETA aus Refinanzierungslinien.

Personalkennzahlen

Beschäftigte

Zum Stichtag 30. September 2015 lag die Zahl der Beschäftigten mit 103.242 VBÄ um 702 VBÄ (0,7 %) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das Gesamtjahr 2015 wird insgesamt mit einer Steigerung von 1,1 % auf 103.786 VBÄ gerechnet, was einem Zuwachs von 1.097 VBÄ entspricht. Dieser Wert ist um 706,4 VBÄ bzw. -0,7 % geringer als der geplante Jahreswert für 2015. Der größte Arbeitgeber unter den berichtspflichtigen Unternehmen ist die Österreichische Bundesbahnen-Holding AG, an zweiter Stelle liegt die Universität Wien vor dem Arbeitsmarktservice. In Absolutwerten soll die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr am stärksten in der UG 31-Wissenschaft und Forschung (insbesondere bei den Universitäten) mit 605 VBÄ (1,7 %) steigen.

Personalaufwand

Der kumulierte Personalaufwand beträgt im Berichtszeitraum 5,1 Mrd. EUR und steigt somit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 180 Mio. EUR bzw. 3,6 %. Bezogen auf das Gesamtjahr wird ein Zuwachs gegenüber 2014 von 132 Mio. EUR (1,9 %) auf 6,3 Mrd. EUR erwartet, der Anstieg fällt damit um 32,9 Mio. EUR bzw. -0,5 % geringer aus als geplant.

Beim Personalaufwand verzeichnet die Justizbetreuungsagentur laut Vorschau 2015 den größten relativen Zuwachs. Absolut soll der Aufwand in der UG 31-Wissenschaft und Forschung mit 93,2 Mio. EUR bzw. 3,8 % am stärksten ansteigen, gefolgt von der UG 20-Arbeit mit 24,5 Mio. EUR (8,4 %) und der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie mit 12,2 Mio. EUR (0,4 %).



Personalaufwand pro MitarbeiterIn

Der durchschnittliche Personalaufwand je MitarbeiterIn erhöhte sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres von rd. 48.300 EUR auf rd. 49.700 EUR (2,9 %). Für das Gesamtjahr wird mit einer Steigerung von 600 EUR (0,9 %) auf rd. 66.600 EUR gegenüber dem Vorjahr bzw. 100 EUR (0,2 %) gegenüber dem geplanten Wert gerechnet.

Outsourcing von Personalkosten in den Sachaufwand

Als problematisch erscheint die Praxis, Personalaufwendungen durch Personalleasing in den Sachaufwand zu verschieben. Der Rechnungshof kritisierte dies am Beispiel der Justizbetreuungsagentur (Reihe Bund 2014/7) und stellte fest, dass durch diese Praxis der Personalplan des Bundes seine Steuerungsfunktion verliert. Das BMF ersuchte aus diesem Grund die berichtspflichtigen Unternehmen um Mitteilung, inwieweit aufgrund von Outsourcing Personalkosten im Sachaufwand enthalten sind.

Waren es im Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht zum Stichtag 31. März 2015 nur 43 von 106 Unternehmen, die ihre durch Outsourcing in den Sachaufwand verschobenen Personalkosten dem BMF meldeten, so beläuft sich diese Zahl im nunmehr vorgelegten Bericht auf 101 Unternehmen. Lediglich drei Unternehmen erstatteten keine diesbezügliche Meldung, zwölf Unternehmen erstatteten zwar eine Meldung gaben jedoch keine konkreten Zahlen an. Ein Vergleich der Angaben ist schwierig, weil die Unternehmen den Zeitraum, für den dieser Aufwand ausgewiesen wird, uneinheitlich angeben. Einige Unternehmen weisen den Betrag lt. Rechnungsabschluss 2014 aus, andere jenen bis zum Stichtag des Berichts und einige melden den erwarteten Wert für 2015. Insgesamt steigt der so ausgewiesene Betrag durch die höhere Meldedichte von rd. 30 Mio. EUR auf 68,7 Mio. EUR.

Ergebnis- und Risikokennzahlen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) **ohne UG 46** soll sich laut Vorschau 2015 auf 1,7 Mrd. EUR belaufen und damit im Vorjahresvergleich um 7,3 % zurückgehen, aber höher ausfallen als geplant (1,6 Mrd. EUR). Erwirtschaftet wird das EGT im Wesentlichen von den bereits bei den Umsatzerlösen genannten Unternehmen der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie, der UG 40-Wirtschaft und der UG 45-Bundesvermögen. Der höchste Anteil des EGT kommt laut Vorschau 2015 von der ASFINAG, das EGT der BIG soll laut Vorschau 2015 im Vorjahresvergleich zurückgehen,



aber geringfügig höher liegen als geplant. Das EGT der ÖBIB soll 2015 im Vorjahresvergleich zulegen, noch deutlicher fällt laut Vorschau der Anstieg des EGT der Österreichischen Bundesbahnen-Holding AG (ÖBB) aus. Deutlich negativer als geplant soll laut Vorschau das EGT der Unternehmen der UG 46-Finanzmarktstabilität ausfallen, im Vergleich zum Planwert soll es um 527,4 Mio. EUR auf -917,7 Mio. EUR sinken.

Cash Flow

Der Cash Flow **ohne UG 46** verbesserte sich im Vergleich der ersten drei Quartale von 2014 zu 2015 leicht auf 2,3 Mrd. EUR. Auch im Gesamtjahr soll der Cash Flow aus dem Ergebnis laut Vorschau 2,3 Mrd. EUR betragen, das bedeutet im Vorjahresvergleich einen Rückgang um 17,4 % bzw. 478,9 Mio. EUR, im Vergleich zum Plan soll der Cash Flow um 119 Mio. EUR niedriger ausfallen.

Risikowert

Der Risikowert zum Berichtszeitpunkt setzt sich aus Ereignisrisiken und Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten zusammen und ist das Produkt aus dem Risikopotenzial und der Eintrittswahrscheinlichkeit oder das mit einer besonderen Methode (insbesondere der Kreditinstitute) ermittelte Risiko. Bereits schlagend gewordene Risiken sind in den Daten des Beteiligungs- und Finanzcontrolling berücksichtigt und daher im Risikowert nicht mehr enthalten.

Insgesamt betrug der Risikowert der Beteiligungen zum Stichtag 30. September 2015 2,0 Mrd. EUR, das sind um rd. 0,91 Mrd. EUR weniger als der entsprechende Wert des Vorjahres. Demgegenüber stehen Eigenmittel im Ausmaß von 9,4 Mrd. EUR, woraus sich eine Risikodeckung von 465,4 % ergibt. Geteilt nach Risikoarten ergaben sich zum Stichtag folgende Werte: der Risikowert aus Ereignisrisiken der berichtspflichtigen Unternehmen beträgt rd. 1,1 Mrd. EUR, jener aus Finanzinstrumenten rd. 927 Mio. EUR.



Der höchste Risikowert wird mit 632,3 Mio. EUR für die UG 46-Finanzmarktstabilität ausgewiesen, wobei angemerkt werden muss, dass dieser Wert als ökonomisches Risiko angenommen wird, das sowohl Ereignisrisiken als auch die Risiken aus Finanzinstrumenten umfasst. Wie schon im Vorbericht angemerkt, fehlen in diesem Bericht die höchsten Risiken der UG 46, nämlich jene der HETA, für die auch in diesem Bericht kein Risikowert ausgewiesen wird. Im Gegensatz zum Bericht zum 31. März 2015 fehlt in diesem Bericht allerdings die Begründung¹.

Den höchsten Risikowert aus Finanzierungsinstrumenten weist die Bundesimmobilien GmbH der UG 40-Wirtschaft auf. Wie schon in den Analysen zu den Vorberichten bleibt anzumerken, dass die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie den Risikowert aus Finanzinstrumenten in den Detailergebnissen auf Unternehmensebene nicht ausweist. Da dieser Risikowert lt. Bericht 541,1 Mio. EUR beträgt, sollte dieser in künftigen Berichten auch auf Unternehmensebene berücksichtigt werden.

¹ Laut Bericht zum Stichtag 31. März 2015 besteht im Zusammenhang mit dem Abbau der HETA das substantiellste Risikopotential in der Abweichung von festgelegten Verwertungserfolgen bzw. Rückflüssen im Rahmen der Umsetzung des Wind-Down Plans. Da diese Quantifizierung noch nicht abgeschlossen sei, wurde seitens der HETA von der Darstellung eines Risikowertes abgesehen.



Ergebnisse des Finanzcontrollings

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gesamtergebnisse des Finanzcontrollings. Im Gegensatz zum Beteiligungscontrolling werden hier die Aus- und Einzahlungen der UG 46-Finanzmarktstabilität jedoch durchgängig miteinbezogen.

Finanzcontrolling

Kennzahl <i>in Mio. EUR</i>	1.- 3. Quartal			Gesamtjahr				
	2014	2015	Differenz	2014	2015		Differenz Vorschau 2015 zu	
	IST	IST		Vorjahr	Plan	Vorschau	Plan 2015	Vorjahr 2014
Auszahlungen Bund	8.918,7	8.551,5	-4,1%	11.890,1	11.347,3	11.534,5	1,6%	-3,0%
Einzahlungen Bund	1.320,3	1.398,1	5,9%	1.792,7	1.703,8	1.730,2	1,5%	-3,5%
Haftungen Bund	32.081,0	36.300,1	13,2%	33.419,2	34.333,5	34.466,5	0,4%	3,1%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2015

Auszahlungen des Bundes

Die Auszahlungen des Bundes im Zusammenhang mit den berichtspflichtigen Unternehmen betragen im Berichtszeitraum 2015 8,6 Mrd. EUR, gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 entspricht dies einem Rückgang von 0,37 Mrd. EUR (-4,1 %). In der Jahresvorschau wird mit Auszahlungen von 11,5 Mrd. EUR gerechnet, das bedeutet einen Rückgang um 355,6 Mio. EUR bzw. (-3,0 %) gegenüber dem Vorjahr und einen Anstieg um 187,2 Mio. EUR (1,6 %) gegenüber dem Plan. Die Auszahlungen laut Vorschau 2015 entsprechen 15,5 % der gesamten Auszahlungen des Bundes des Jahres 2015.

Mit einem Volumen von 5,5 Mrd. EUR (rd. 48 % der Gesamtauszahlungen laut Vorschau 2015) ist die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie im Berichtszeitraum betragsmäßig die mit Abstand größte UG, wobei die Auszahlungen fast zur Gänze auf die ÖBB und die Schieneninfrastruktur-DienstleistungsgmbH (SCHIG) entfallen.

Die Auszahlungen des Bundes in der UG 46-Finanzmarktstabilität sollen sich rückläufig entwickeln. Im Vergleich zum Plan 2015 steigen die Auszahlungen laut Vorschau 2015 um 193,1 Mio. EUR auf 203,6 Mio. EUR, dies geht auf eine Kapitalzufuhr an die HBI-Bundesholding zur Kapitalisierung der Hypo Alpe-Adria-Bank S.p.A im zweiten Quartal 2015 zurück. Laut Monatserfolg Dezember 2015 belaufen sich die Auszahlungen in der UG 46 auf insgesamt rd. 1,5 Mrd. EUR. Davon entfallen 1,23 Mrd. EUR auf den Generalvergleich mit dem Freistaat Bayern, der insbesondere auch für die Bereinigung von Rechtsstreitigkeiten mit der HETA erfolgte, jedoch zu keinen Auszahlungen an die Gesellschaft führte.



Einzahlungen an den Bund

Das Volumen der Einzahlungen aus den berichtspflichtigen Unternehmen stieg in den ersten drei Quartalen 2015 um 0,78 Mrd. EUR (5,9 %) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auf 1,4 Mrd. EUR an. Für das Gesamtjahr 2015 wird in der Vorschau mit einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 62,5 Mio. EUR (-3,5 %) auf 1,7 Mrd. EUR gerechnet. Diese Einzahlungen laut Vorschau 2015 entsprechen 2,4 % der gesamten Einzahlungen des Bundes des Jahres 2015, ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Einzahlungen stammt aus Refundierungen für Bundespersonal.

Mit Einzahlungen iHv 526,7 Mio. EUR weist die UG 31-Wissenschaft und Forschung laut Vorschau 2015 die höchsten Einzahlungen auf, vor der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie (456,5 Mio. EUR) und der UG 45-Bundesvermögen (372,9 Mio. EUR). Die Einzahlungen der UG 31 ergeben sich in erster Linie aus Refundierungen der Universitäten für Bundespersonal an den Bund. Da die Zahl der Bundesbediensteten an Universitäten aber kontinuierlich zurückgeht, reduzieren sich auch die Einzahlungen an den Bund. Für das Gesamtjahr 2015 wird mit einem Rückgang von 19,1 Mio. EUR (-3,5 %) gegenüber 2014 gerechnet. Auch in der UG 41 stammt ein wesentlicher Anteil der Einzahlungen aus Refundierungen der ÖBB Holding AG. Der andere wesentliche Teil der Einzahlungen der UG 41 ist die Dividendenzahlung der ASFINAG, die 2015 deutlich zurückgehen soll. In der UG 45 sollen die Einzahlungen 2015 um 5,2 % auf 372,9 Mio. EUR steigen.

Haftungen

Zum Stichtag 30. September 2015 betragen die Haftungen des Bundes für die Beteiligungsunternehmen 36,3 Mrd. EUR, gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 (32,1 Mrd. EUR) bedeutet dies eine Steigerung von 4,2 Mrd. EUR (13,2 %). Für das Gesamtjahr 2015 wird eine Steigerung gegenüber 2014 von rd. 1 Mrd. EUR (3,1 %) auf 34,5 Mrd. EUR erwartet, dies bedeutet eine Steigerung von 133 Mio. EUR (0,4 %) gegenüber dem Planwert für 2015. Zum Stichtag 30. September 2015 machten die Haftungen der Beteiligungsbetriebe 37,9 % der Gesamthaftungen des Bundes aus.



Die Haftungen des Bundes für ausgegliederte Unternehmen beschränken sich auf vier Untergliederungen, mit einem Anteil von 84,3 % im Jahr 2014 entfiel der überwiegende Teil auf die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie (28,2 Mrd. EUR). Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres sollen die Haftungen für die Unternehmen der UG 41 um 456,4 Mio. EUR (1,6 %) sinken, im Plan war noch ein Anstieg auf 29,1 Mrd. EUR vorgesehen. Während im Plan 2015 noch eine Steigerung der Haftungen für die ÖBB vorgesehen war, sieht die Vorschau nun einen Rückgang vor, Erläuterungen finden sich dafür keine. Die Haftungen für die ASFINAG sollten laut Plan gleich bleiben, in der Vorschau 2015 ist nun ein Rückgang vorgesehen. Auch dafür findet sich keine Erläuterung.

Bedeutende Haftungen finden sich auch in der UG 46-Finanzmarktstabilität, sie beliefen sich 2014 auf 4,2 Mrd. EUR und sollen laut Vorschau 2015 auf 5,7 Mrd. EUR ansteigen und damit um 1,5 Mrd. EUR höher liegen als geplant. Der Anstieg ergibt sich insbesondere aus einer Erhöhung des Gesamthaftungsrahmens des Bundes für die KA Finanz AG. Nicht in der Darstellung der Haftungen enthalten ist die Haftungsvereinbarung, die die Republik Österreich im Juli 2015 mit dem Käufer des SEE-Netzwerks der ehemaligen Hypo zur Sicherstellung der vertraglichen Ansprüche gegenüber der HETA aus Gewährleistungen und Freistellungen schloss.

UG 46–Finanzmarktstabilität

Da im Bericht über das Beteiligungs- und Finanzcontrolling über die Unternehmen der UG 46-Finanzmarktstabilität sehr detaillierte Erläuterungen enthalten sind und bereits bei einzelnen Kennzahlen auf Detailspekte der Unternehmen eingegangen wurde, wird im Folgenden nur noch auf spezifische Besonderheiten bzw. Fragestellungen eingegangen.

ABBAG, HETA, HBI-Bundesholding AG, Hypo-Alpe-Adria Bank S.p.A.

Die ABBAG – Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes wurde im September 2014 mit dem Zweck gegründet, die Verwaltung der Abbaugesellschaft HETA zu übernehmen. Bis zum Stichtag des vorliegenden Berichts wurde allerdings die Beteiligung an der HETA nicht erworben. Die geplanten Auszahlungen des Bundes reduzieren sich zwar laut Vorschau 2015 entsprechend, dennoch bleibt unklar welche Tätigkeiten die MitarbeiterInnen erbringen bzw. zukünftig übernehmen sollen.



Per 1. November 2014 wurde die Hypo zur Abwicklungsgesellschaft HETA und gehört damit gemäß ESVG 2010 zum Sektor Staat. Ende 2014 erfolgte der Verkauf des Südosteuropa-Netzwerks der Hypo an ein internationales Konsortium. Die italienische Tochterbank Hypo Alpe-Adria-Bank S.p.A. wurde im Herbst 2014 an die dafür gegründete Bundesholdinggesellschaft HBI übertragen und soll abgebaut werden. Im Juni 2015 ergaben sich auf Basis des Asset Quality Reviews der HETA hohe zusätzliche Wertberichtigungen für den Jahresabschluss 2014 der HBI und damit eine drohende Unterschreitung der regulatorischen Eigenmittelerfordernisse. Es erfolgte der Beschluss eines beschleunigten Abbauplans. Zur Rekapitalisierung hat der Bund über die HBI-Bundesholding insgesamt einen weiteren Gesellschafterzuschuss bzw. ein Darlehen zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig hat sich die HETA verpflichtet, zur Abdeckung weiterer Bewertungsverluste auf Teile ihrer Refinanzierungslinien zu verzichten.

Auf Basis einer für die Bilanzerstellung 2014 erstellten Vermögensbewertung (Asset Quality Review) und dem sich daraus ergebenden Wertberichtigungsbedarf bis zu 8,7 Mrd. EUR, entschied sich die Bundesregierung gegen weitere eigenmittelstützende Maßnahmen bei der HETA. Daraufhin leitete die Finanzmarktaufsicht (FMA) am 1. März 2015 auf Grundlage des seit 1. Jänner 2015 geltenden Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) die Abwicklung der HETA (vormals Hypo) ein und stundete die Fälligkeit von Verbindlichkeiten bis zum 31. Mai 2016. Die Differenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der HETA erhöhte als einmaliger kalkulatorischer Vermögens- und Kapitaltransfer das öffentliche Defizit 2014 um 5,6 Mrd. EUR, die Verbindlichkeiten der HETA erhöhen den Schuldenstand des Bundes um 14,0 Mrd. EUR.

Laut Bericht hat der Vorstand der HETA den Halbjahresfinanzbericht nach IFRS für das erste Halbjahr 2015 vorgelegt, der gegenüber dem vorläufigen Abbauplan eine Planerfüllung bzw. -übererfüllung ausweist. Der Abbauplan sieht bis Ende 2018 einen Abbau von 80 % und bis Ende 2020 einen Abbau sämtlicher Vermögenswerte vor. Im Oktober und Dezember 2015 hat der Vorstand der HETA Gläubiger-Informationen zur Verfügung gestellt. Im Bericht zum Beteiligungs- und Finanzcontrolling gibt es hingegen keine Vorschaurechnung für das Jahr 2015, die ausgewiesenen Vorschauwerte entsprechen den Planwerten. Begründet wird dies seitens des Unternehmens mit organisatorischen Änderungen.



Kommunalkredit AG und KA Finanz AG

Keine weiteren Auszahlungen des Bundes sind 2015 laut Bericht für die Kommunalkredit AG bzw. die KA Finanz AG vorgesehen. Gemäß dem 2013 genehmigten Abbauplan wird die Kommunalkredit AG bis 2040 abgewickelt. Im März 2015 wurden Teile der Kommunalkredit AG an ein britisch-irisches Käuferkonsortium veräußert, der Prozess wurde Ende September 2015 abgeschlossen. Der verbleibende Teil wurde im Laufe des Jahres 2015 mit der im Bundesbesitz stehenden Abbaueinheit KA Finanz AG verschmolzen.

Weiterentwicklung und Erhöhung der Aussagekraft des Berichts

Generell ist festzustellen, dass die Qualität des Berichts gegenüber den Vorberichten weiter zugenommen hat. Wünschenswert wäre die Übermittlung einer auswertbaren elektronischen Fassung aller tabellarischen Übersichten (Aggregate sowie Einzelunternehmen), um Kontrollen und Analysen leichter durchführen zu können. Eine Verschiebung der Stichtage für die Erstellung des Berichts von 31. März und 30. September auf 30. Juni und 31. Dezember wäre im Hinblick auf die Aussagekraft und den Nutzen der publizierten Zahlenwerke von Vorteil.

Im aktuellen Bericht wurden die Schlussfolgerungen des BMF erweitert. Diese sollten künftig vermehrt Aussagen zu den aufgrund des Beteiligungs- und Finanzcontrollings getroffenen Maßnahmen enthalten und auf etwaige Risiken für den Bundeshaushalt eingehen.

Die inhaltlichen Erläuterungen zum Beteiligungscontrolling der Einzelunternehmen sind vom Informationsgehalt her noch sehr unterschiedlich. Das BMF sollte auf einheitlichere Qualitätsstandards bei weiterhin abgestufter Berichtsintensität hinwirken. Insbesondere die Angaben zum Outsourcing von Personalkosten in den Sachaufwand sollten auf den Berichtszeitraum abstellen.

Der ausgewiesene Risikowert sollte bei hohen Beträgen oder deutlichen Veränderungen (z.B. in der UG 46-Finanzmarktstabilität) näher erläutert werden.